

Regierungsrat, Rathausstrasse 2, 4410 Liestal

Kommission für Wissenschaft, Bildung und
Kultur WBK-N des Nationalrats
3003 Bern

Per E-Mail an lmr@blv.admin.ch

Liestal, 2. Dezember 2025
VGD/ALV/Bd

25.404 n Pa. Iv. WBK-N. Indirekter Gegenentwurf zur Stopfleber-Initiative, Vernehmlassungsantwort

Sehr geehrter Frau Kommissionspräsidentin
Sehr geehrte Damen und Herren

Mit Schreiben vom 3. November 2025 haben Sie uns den Vorentwurf zum Indirekten Gegenentwurf zur Stopfleber-Initiative zur Vernehmlassung unterbreitet. Besten Dank für die Möglichkeit zur Stellungnahme.

Die Einführung einer Deklarationspflicht wird begrüßt, um «Stopfleber»-Produkte für den Käufer erkennbar zu machen. Die Überwachung der Einfuhrmengen solcher Produkte über eine Anmeldepflicht am Zoll zur Überprüfung allfälliger Massnahmen ist ebenfalls nachvollziehbar. Allerdings fehlt eine konkrete Zielvorgabe hinsichtlich der zu erreichenden Einfuhrmengen. Klar ist lediglich, dass kein Verbot ausgesprochen werden soll. Eine Vorgabe, wie eine «merkliche» Reduktion der Einfuhrmenge genau aussehen soll ist jedoch nicht erkennbar. Die Voraussetzungen für das Erreichen von Massnahmen sind daher völlig offen. Es ist weder für den Importeur noch für Vollzugsstellen klar, wann Massnahmen einzuleiten sind, beziehungsweise drohen. Im Hinblick auf einen effizienten Vollzug sollten die Voraussetzungen für zu ergreifende Massnahmen klar geregelt werden. Dies gilt umso mehr, wenn strafrechtliche Konsequenzen drohen (Bestimmtheitsgrundsatz).

Kontaktpersonen für Nachfragen: Leiter Amt für Lebensmittelsicherheit und Veterinärdienst, Peter Brodmann (peter.brodmann@bl.ch).

Wir bedanken uns für die Gelegenheit zur Stellungnahme.

Freundliche Grüsse

Dr. Anton Lauber
Regierungspräsident

Elisabeth Heer Dietrich
Landschreiberin